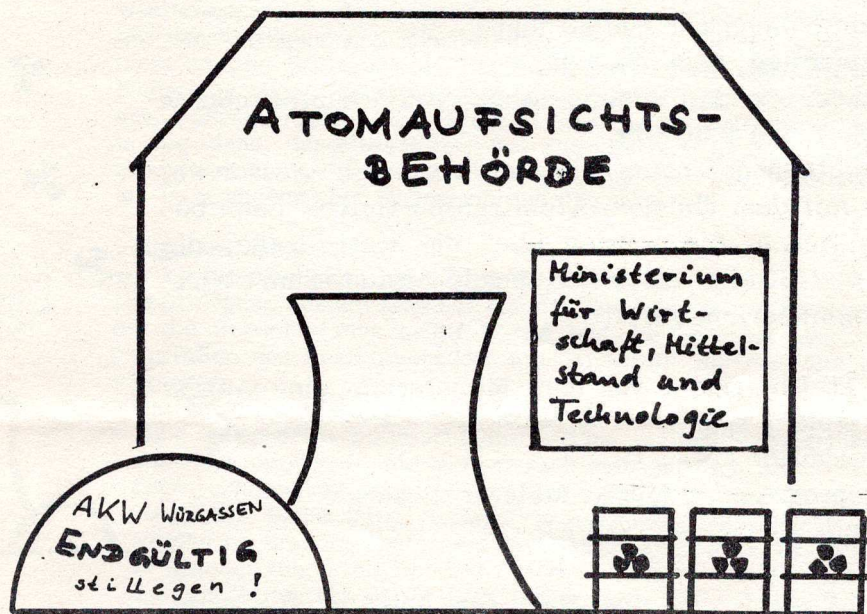




Gewaltfreie Blockaden am AKW Würgassen
c/o Gewaltfreie Aktion
Postfach 2022
3400 Göttingen

Tel.: Mo. u. Mi. 17-19 Uhr: [REDACTED]



ENDGÜLTIG STATT VORLÄUFIG,
HERR MINISTER!

Das AKW Würgassen darf nicht wieder ans Netz!

Aktion
am
22.3.!

Wir fordern die endgültige Stilllegung des AKW Würgassen:

Der dafür formal juristisch "verantwortliche" Minister Jochimsen in Düsseldorf sah sich monatelang nicht imstande, sich einer Diskussion mit der betroffenen Bevölkerung zu stellen.

Deshalb kommen wir nun zu ihm -

am **Donnerstag, dem 22.3.90,**

Treffpunkt vor dem Hauptaussgang des Hauptbahnhofes Düsseldorf, um 9.30 Uhr.

Am Hauptbahnhof holen wir die "Atommüll"-Fässer ab, die wir mit dem üblichen Atomtransportmittel Bahn befördern ließen. Sie werden über die Karl-Straße, die Graf-Adolf-Straße und die Harold-Straße zum Wirtschaftsministerium gerollt.

Gegen 11 Uhr findet vor dem Ministerium eine Aktion statt. Geplant sind:

- Kundgebung,
- Kulturprogramm (Musik, Malerei, Lesung),
- und zum Schluß der "SUPER GAU" !

Vielleicht sieht sich nun auch der Minister imstande, Stellung zu nehmen. (Eine Einladung ist bereits ergangen.)



Die Aktion kostet sehr viel Geld. Wir sind deshalb auf Eure finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir bitten um Geld auf das Sonderkonto [REDACTED]

[REDACTED] Postgiroamt Hannover, BLZ 250 100 30 !

Hintergrundinformationen und Einschätzungen:

Das AKW Würgassen ist seit dem 22.12.89 vorläufig stillgelegt.

Leider nur vorläufig

Die Stilllegung des AKW wird vom Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalens selbst eindeutig als vorläufige Maßnahme gesehen. Zitat aus der Verfügung des Ministeriums vom 22.12.89: "Es handelt sich nicht um eine Stilllegung auf Dauer, sondern nur um eine einstweilige Maßnahme bis zur Beseitigung des gefahrenträchtigen Anlagenzustandes. Außerdem haben sie (Preußen Elektra, die Betreiberfirma) es in der Hand, durch Nachweis und Durchführung geeigneter Brandschutzmaßnahmen selbst die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die jetzt angeordnete Maßnahme hinfällig wird."

Teilgefahr anerkannt - zur Vertuschung nicht behebbarer Gefahren?

Die Stilllegung bezieht sich nur auf die Teile der Brandschutzmängel, die die Betreiberfirma selbst zugibt und die behebbare erscheinen (Auffüllen des Reaktorgebäudes mit Stickstoff, um dort Brände zu verhindern.).

Nicht nachrüstbar dagegen beim Brandschutz:

- eine gesicherte Brandschutzabschottung zwischen Maschinenhaus und Reaktorgebäude, die bautechnisch nicht möglich ist,
- eine Verhinderung von Kabelbränden: Alle Kabel zu den nachgeschalteten Sicherheitssystemen verlaufen in einem Schacht. Sie werden im Brandfall auf einmal betriebsunfähig. Im AKW Vandellós in Spanien führte ein solcher Brand im Herbst letzten Jahres zu dem gefährlichsten Unfall nach Tschernobyl.

Weitere, nicht behebbare Gefahren:

- die fehlende Sicherung gegen Flugzeugabsturz, trotz Lage im Tieffluggebiet,
- keine Erdbebensicherung,
- veralteter Stahl des Reaktordruckgefäßes,
- die allgemeine Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie, die auf vielen Wegen zur verheerenden Kernschmelzkatastrophe führen kann.

Verantwortungsloses Zögern der Sicherheitsbehörde

Die genannten Mängel dürften seit Baubeginn bekannt sein. Seit März 1988 gibt es eine Klage gegen den Betrieb des AKW, die unter

anderem den nun zur Stilllegungsbegründung gewählten mangelnden Brandschutz aufführt. Seit Oktober 88 liegen dem Ministerium eigene Sicherheitsgutachten vor, die den mangelnden Brandschutz als ein Hauptproblem des AKW Würgassen bezeichnen. War die Brandgefahr in den letzten beiden Jahren nicht gegeben? - Oder warum handelt die Behörde erst jetzt im Dezember 89?

Unsere Proteste waren notwendig und teilweise erfolgreich

Gegen das AKW Würgassen wurde im Laufe der letzten Jahre geklagt und demonstriert. Das AKW wurde blockiert. Verantwortliche Politiker wurden unangenehmen Befragungen ausgesetzt. Die Presse wurde u.a. auf den mangelnden Brandschutz aufmerksam. Wahrscheinlich wurde dies alles zusammen der Sicherheitsbehörde mit der Zeit unangenehm.

Beruhigungsspiele vor der Landtagswahl

Die Atomaufsicht in Nordrheinwestfalen untersteht einer SPD-Regierung, die im Mai die Landtagswahlen gewinnen möchte. Sie kennt die Mehrheiten in der Bevölkerung für einen Ausstieg aus der Atomenergie und möchte ihr Ansehen als Ausstiegspartei nicht gefährden. Nach der Wahl könnte dies anders aussehen und das AKW wieder an's Netz gehen.

Wir machen weiter.

Die vorläufige Stilllegung ist ein erster Schritt. Damit es in Richtung endgültiger Stilllegung weitergeht, werden wir als Zeichen unserer Wachsamkeit an jedem dritten Sonntag im Monat eine Beobachtungsversammlung vor dem Werktor abhalten.

Wir werden nicht ruhen bis zur endgültigen Stilllegung des AKW Würgassen und aller Atomanlagen!